

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

15.7.1863 (No. 164)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 15. Juli.

N. 164.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einschickungsgelb: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 14. Juli.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. d. Mts. gnädigst geruht, dem Dr. Grasshof, Lehrer der Mechanik und Maschinenlehre am königl. preussischen Gewerbeinstitut und Direktor des königl. Eichungsamts in Berlin, unter Ernennung zum Professor, die Vorstands- und erste Lehrstelle an der Maschinenbauschule des Polytechnikums dahier zu übertragen, und den Konstrukteur und Lehrer an der Maschinenbauschule des Polytechnikums, Hart, zum Professor an dieser Anstalt zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Berlin, 13. Juli. (N. Z.) „Staatsanzeiger“: Der Kultusminister eröffnete dem Rektor und dem Senat der Berliner Universität: daß die Disziplin über die Professoren der Universität nach dem Gesetz vom 21. Juli 1852 ausschließlich dem Kultusminister zustehe, und daß derselbe Eingriffe in dieses Gebiet, welches zu betreten die akademischen Behörden keine gesetzliche oder statutenmäßige Ermächtigung haben, nicht gestatten könne. Die Vetheiligung königl. Beamten an unbesetzten Demonstrationen, darauf berechnet, die in der Adresse des Abgeordnetenhauses vom 22. Mai ausgesprochenen verfassungswidrigen Grundsätze der königl. Autorität gegenüber aufs neue geltend zu machen, sei mit dem Dienstvertrage unvereinbar. Es müsse daher bei der Verwarnung lediglich sein Bewenden haben.

Berlin, 14. Juli. Durch einen Petersburger Privatbrief aus guter Quelle erfährt man, daß die Reise der Kaiserin in aus politischen Gründen aufgeschoben worden sei; man wolle die Wirkung der russischen Antwortnoten abwarten.

Wien, 14. Juli. Sitzung des Unterhauses. Der Justizminister legt einen Konfessionsordnungs-Entwurf vor. Giska bringt einen Antrag auf Regelung des Versammlungs- und Vereinsrechts, und Wülfels auf Zulassung der Israeliten zu Notariatsstellen ein. Inti interpellirt den Grafen Rechberg wegen ungenügender russischer Genugthuung für vorgetommene Verletzungen der galizischen Grenze.

Von der polnischen Grenze, 13. Juli. (B. L. B.) In Folge der Verhaftung des Erzbischofs Felinski wurde in allen Kirchen ein Protest vorgelesen. Kewasli, der Stellvertreter Felinski's, hat freiwillig sein Amt niedergelegt. Es ist eine Kirchenrauer im Königreich angeordnet; das Glockenläuten hat aufgehört. Nachs haben Verhaftungen von Geistlichen stattgefunden.

Warschau, 14. Juli. In Folge der Beurlaubung Wielopolski's hat General v. Berg einen Administrationsrath besetzt mit Borjst während der Abwesenheit des Statthalters.

* Französische Depesche nach St. Petersburg.

Paris, 13. Juli. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute die Depeschen, welche die drei Mächte unter dem 17 und 18. Juni nach St. Petersburg abgeschickt haben. Folgendes ist der Wortlaut der französischen Depesche:

Paris, den 1. Juni.

Herr Herzog! Die Antwort des St. Petersburger Kabinetts auf die gleichzeitigen Mittheilungen, welche die drei Höfe von Frankreich, England und Preußen über die Ereignisse in Polen im zugehen ließen, hat unsere Erwartung nicht getäuscht. In demselben Gefühle, welche uns geleitet, und welche, nach seinen eigenen Erklärungen, seiner menschenfreundlichen Regierung fremd sein können, volles Recht widerfahren ließ, nahm es keinen Anstand, uns die Versicherung seiner tiefen Betrübnis über eine solche Lage der Dinge und eines heißen Wunsches, dieser Lage ein schleuniges Ende zu machen, zu ertheilen. Wir hatten die Weisheit und gleichzeitig die liberalen Absichten des Kaisers Alexander angerufen, indem wir es als zeitgemäß bezeichneten, die Bedingungen aufzuheben, unter welchen den so sehr vom Geschick heimgegriffenen und der Theilnahme so würdigen Inbfern Ruhe und Frieden zurückgegeben werden könnten. Der russische Hof erklärt uns, daß Nichts seinen Wünschen mehr entspreche, und mit den Mächten über die Tiefe des Uebels übereinstimmend, gie er als wünschenswerth zu, sich über die Mittel zur Abhilfe zu verständigen. Außerdem läßt er uns ein, uns mit ihm in Erklärung einzulassen.

Es war also für die Regierung des Kaisers, sowie für die Kabinette von London und Wien der Augenblick gekommen, ihr Denken über das zur Erreichung ihrer gemeinsamen Bestrebungen zu obachtende Verfahren auszutauschen, und von dem verächtlichen Getöse, der sie bereits bei ihren früheren Schritten geleitet, kamen überein, der russischen Regierung als Grundlage der Unterhandlung folgende sechs Punkte vorzuschlagen:

(Folgen die bereits zur Genüge bekannten sechs Punkte.)

Mehrere der Bestimmungen dieses Programms, Hr. Herzog, bilden einen Theil des Planes, den sich das Petersburger Kabinet für sein Auftreten vorgezeichnet hat. Die anderen gehen kaum über die vorhergehenden oder in Aussicht gestellten Vorteile hinaus; sämtlich sind sie der einfachste Ausdruck der Grundgesetze der Gerechtigkeit und Billigkeit, und enthalten Nichts, was nicht in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Beträge stünde, welche die russische Regierung in Bezug auf Polen binden. Wir geben uns also gern der Ueberzeugung hin, daß diese Vorschläge von Seiten des Petersburger Kabinetts keine Einwendung hervorrufen werden, und dieselben als Grundlagen der Unterhandlungen annehmen wird.

Wenn anderseits, wie Sie wissen, Hr. Herzog, die Kabinette, indem sie sich an Russland wenden, den Gründen des allgemeinen Interesses gehorchen, so haben doch auch die Rücksichten der Menschlichkeit in dem Gefühle, das sie leitet, ihren Antheil. Polen bietet in diesem Augenblicke einen schmerzlichen Anblick dar. Je länger der Kampf sich hinzieht, um so blutiger wird er durch die Erbitterung und den Haß auf beiden Seiten werden. Sicherlich wünscht der russische Hof das Aufhören der Feindseligkeiten, welche Noth und Trauer in den allen polnischen Provinzen verbreiten. Das Fortdauern dieser Gräueltät während der Unterhandlungen könnte einer Debatte, welche, wenn sie nützlich soll, ruhig bleiben muß, einen gereizten Charakter verleihen. Es wäre also statthaft, für eine auf Weibehaltung des militärischen Status quo begründete provisorische Pazifizierung zu sorgen, welche der Kaiser von Russland verkünden würde, und welche die Polen ihrerseits unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit einzuhalten hätten.

Was die Form dieser Unterhandlungen anbelangt, so hat die russische Regierung selber in ihren Mittheilungen an die drei Kabinette ihre Ansicht hierüber kundgegeben. Sie hat in ihrer Depesche an Baron Sudberg vollkommen das Recht der ephemer zur Regelung des politischen Systems Europas's zusammenzubereiten Mächte anerkannt, sich mit den Bewältigungen zu beschäftigen, welche dieses System fördern könnten. Noch ausführlicher sprach sie sich hierüber gegen Baron Brunnow aus: „Se. Majestät — sagte Fürst Gortschakoff zu dem russischen Gesandten in London — gibt zu, daß bei der eigenthümlichen Lage des Königreichs die aufregenden Unruhen die Ruhe der angrenzenden Staaten stören könnten, zwischen welchen am 3. Mai 1815 die zur Regelung der Geschicke des Großherzogthums Warschau bestimmten Separatverträge zu Stande kamen. Se. Majestät gibt ferner zu, daß diese Unruhen auch die Mächte interessieren könnten, welche die allgemeine Uebereinkunft vom 9. Juni unterzeichnet haben, in der die Hauptbestimmungen dieser Separatverträge ausgenommen worden sind.“

So gab also das Petersburger Kabinet von vornherein und unaufgefordert zu verstehen, daß es die Mitwirkung der an der Schlussakte des Wiener Kongresses theilnehmenden acht Mächte annehme. Indem die Regierung Sr. Majestät selber den Willensmeinungen, deren verfassungsmäßiger Charakter sie würdigt, zu entsprechen beabsichtigt, ist sie bereit, ihrerseits diesen Unterhandlungen beizutreten, und sich in der Konferenz, deren Zustandekommen zweckmäßig erscheinen wird, vertreten zu lassen, wenn, wie wir hoffen, Russland den ihm zur Annahme von den drei Mächten vorgeschlagenen Grundlagen beiträgt. Wir werden uns glücklich schätzen, wenn die Entschlüsse, welche der Kaiser Alexander fassen wird, im Einklange mit den großen Interessen stehen, die wir aus gleichzeitiger gerechter und mächtigen Beweggründen seiner erleuchteten Fürsorge anzupfehlen und veranlassen haben. Denn, einmal der Entscheidung durch die Gewalt entzogen, welche sie vielleicht wieder einmal mehr abschneiden würde, ohne sie zu lösen, trägt diese Frage von jetzt an in die Bahn der freundschaftlichen Erörterung, die einzig geeignet ist, eine bis jetzt vergeblich gesuchte Lösung herbeizuführen, und die der Aufklärung unserer Zeit, wie der großmüthigen Bestimmungen aller Kabinette würdig wäre.

Wollen Sie gefälligst Sr. Exc. dem Fürsten Gortschakoff diese Depesche vorlesen und in Abschrift hinterlassen.

Deutschland.

Hannover, 12. Juli. Ein Extrablatt der „Ztg. f. Nordd.“ berichtet über den Ausfall der Wahlen, soweit er bis zum Sonntag Morgen bekannt war. Danach ergibt sich Folgendes: Von den 38 Deputirten, die die Städte zu wählen haben, sind 31 bekannt, darunter 22 liberal, 9 ministeriell. Von den 41 Deputirten, die das Land wählt, sind 26 bekannt, darunter 17 liberal, 6 ministeriell, 3 ungewiß. Mißquell und der Graf Bennigsen sind dreimal, Knudolf v. Bennigsen, Roscher und Köhler zweimal gewählt. Drei der gegenwärtigen Minister finden wir unter den Gewählten: den Justizminister Windthorst, den Finanzminister Erleben und den Kriegeminister Brandis. Die „Ztg. f. Nordd.“ bemerkt zu diesem Wahlergebnis (der Rest steht freilich noch aus):

Die Vergleichung der gegenwärtigen Gewählten mit den bisherigen Abgeordneten zeigt den Sieg der Liberalen an vielen Orten, die von 1857—62 ministeriell vertreten waren, während das Gegentheil Ausnahme ist (Buxtehude). Besonders wichtig aber ist, daß die Liberalen fast alle ihre bewährten Führer wieder in die Kammer bringen, welche 1857 per fas et nefas verdrängt waren. Nur einige Namen vermiffen wir in dieser Beziehung. Vielleicht werden die Lücken noch ausgefüllt durch die Nachwahlen. Bei der Abmessung der beiden Seiten, Ministerielle und Liberal, ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß das Ministerium noch über 13 weitere Stimmen zu verfügen hat, durch den lebenslänglichen Schatzrat Ostermayer und die 3 Deputirten für den Klosterfonds, 2 der Konfessionen, 4 der evangelischen Geistlichkeit, 2 der evangelischen Domkapitel. Auch wird bei einzelnen Personen die Stellung gegen die Vorjahre etwas sich ändern, dem gegenwärtigen Ministerium gegenüber, im Vergleich mit dem Ministerium Borries.

Z. Hamburg, 12. Juli. Obgleich die Aufstellung für die internationale Ausstellung noch nicht ganz vollendet ist, so kann doch jetzt schon mit Sicherheit behauptet werden, daß auf dem Kontinente noch nie eine landwirtschaftliche Ausstellung stattgefunden hat, auf welcher die verschiedenen Racen der landwirtschaftlichen Thiere und die verschiedenen Arten der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthe so schön und so vollständig vertreten waren, wie dies auf der vom 14. bis 20. Juli dauernden Ausstellung zu Hamburg der Fall sein wird.

Nach den Anschlägen an vielen Häusern sind noch Wohnungen in großer Anzahl für die Dauer der Ausstellung zu vermieten, auch werden die Kosten des Aufenthalts in Hamburg nicht unverhältnismäßig hoch sein, wenn man keine besonderen Ansprüche macht. Strebenden Landwirthen kann daher der Besuch der Hamburger Ausstellung nur empfohlen werden.

Berlin, 11. Juli. Nach den „Hamb. Nachr.“ soll auch gegen diejenigen Beamten vorgegangen werden, welche dem Verein zur Wahrung der verfassungsmäßigen Pressefreiheit beitreten. Das Ministerium geht davon aus, daß sich der Verein in einer feindseligen Parteinahme gegen die Regierung befindet. — Verwarnungen erhielten ferner: Das Memeler „Dampfbote“, der „Radwistlanin“ und „Przyjaciel ludu“ (letztere beide in Kurland). — Die „Elberf. Ztg.“ bemerkt: „Mitte Juni wurde uns auch schon eine motivirte Verwarnung ertheilt, jedoch nicht in formell amtlicher Weise.“ — Die Nr. 24 der „Tribüne“ von diesem Jahr enthält einen Leitartikel, überschrieben: „Das Raube Haus und seine Zöglinge in preussischen Gefängnissen.“ Dieser Artikel enthält nach Ansicht der Staatsanwaltschaft eine Beleidigung der aus dem Raube Hause hervorgegangenen Gefängnißbeamten und des Geh. Rath's Wichern. Der erste Richter hatte freigesprochen, weil er annahm, daß nur das System, nicht aber Personen angegriffen seien. Auf die Appellation der Staatsanwaltschaft fand das Kammergericht sowohl Schmähung und Verhöhnung von Staatseinrichtungen, wie auch Beleidigung von Beamten in dem Artikel, und verurtheilte deshalb den Redakteur Hübnert zu 100 Thlr. Geldbuße event. 3 Monat Gefängnißstrafe. — Wie die „Westf. Ztg.“ erzählt, hat sich in Minden ein Verein gebildet, der eine Anzahl außerpreussischer Blätter hält, um sich über preussische Zustände zu unterrichten. — Das Polizeigericht in Köln hat diejenigen, welche, ohne polizeiliche Erlaubniß nachgesucht zu haben, sich in den Zeitungen zur Entgegennahme freiwilliger Beiträge für die verwundeten Polen bereit erklärt hatten, zu je 2 Thlr. verurtheilt.

Die „B. Ref.“ schreibt: „Es ist jetzt entschieden, daß gegen die Redakteure der Berliner Zeitungen, welche die bekannte Erklärung unterzeichnet haben, die Kriminaluntersuchung eröffnet werden wird. Dem Redakteur unserer Zeitung ist gestern eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter in dieser Angelegenheit zugestellt worden. Die Anklage wird gegen Schmidt und Genossen gerichtet werden.“ — Der Staatsgerichtshof erläßt fortwährend Steckbriefe gegen flüchtige, des Hochverraths verdächtige Polen, zuletzt gegen die Rittergutsbesitzer Sigismund v. Jaraczewski und Thaddeus v. Kierski. — In der in Folge des polnischen Aufstandes zum Schutz der preussischen Grenze ausgerückten Truppenmacht ist am 20. v. M. noch ein kombinirtes Kommando des 1. westpreussischen Grenadierregiments Nr. 6, welches von allen Kompagnien des 1. und 2. Bataillons des genannten Regiments gestellt ist, hinzugekommen, und zwar von Posen nach Schwerfenz entsandt worden. — Am 8. d. sind 30 Ztr. Pulver, die für Polen bestimmt waren, in der Gegend von Thorn mit Beschlag belegt worden.

Die Königin ist heute in Koblenz eingetroffen, wird daselbst etwa drei Wochen verweilen und sich dann zu einem längeren Aufenthalt nach Baden-Baden begeben. — Der Fürst von Hohenzollern begibt sich im Lauf der nächsten Woche auf einige Zeit nach seiner in der Schweiz gelegenen Villa Weinsburg. — Den „Köln. Blätt.“ schreibt man aus Arnberg, daß Hr. v. Spanleren zur Disposition gestellt sei, und daß die Präsidialgeschäfte vorläufig durch den Oberregierungsath Rauwe geführt werden.

Berlin, 13. Juli. Wie wir hören, ist die gerichtliche Untersuchung gegen die Tumultuanten am Moritzplatz nunmehr so weit zum Abschluß gekommen, daß sämtliche Verhaftete, deren Zahl sich zusammen auf 426 beläuft, vom Untersuchungsrichter vernommen und diejenigen ausgeschieden sind, welche entlassen werden konnten. In Ganzen sind von diesen 426 Personen 68 zur Kriminalhaft übergeben worden, gegen welche sämmtlich wegen Theilnahme am Aufbruch und Tumult die Anklage erhoben werden wird. Wenn im Laufe der Untersuchung auch noch Einzelne entlassen werden sollten, so werden andererseits doch auch täglich noch Personen wegen Theilnahme an jenen tumultuarien Auftritten verhaftet. — Die Verhaftung des preussischen Abg. Wladislaus Bentkowski ist auf Grund einer Requisition der preussischen Regierung erfolgt. Derselbe befindet sich bis jetzt im Gefängniß zu Krakau. — Der Kriegeminister v. Roon ist nach Schlesien zum Besuch von Verwandten abgereist; er geht dann am 15. d. nach Tyrol.

Stettin, 10. Juli. (B. Bl.) Von dem Regierungspräsidium zu Stralsund ist an die Landräthe des Bezirks fol-

gende Benachrichtigung ergangen, welche von den Letzteren durch die Kreisblätter zur Kenntniß der Kreiseingewesenen gebracht wird:

Ev. Hochwohlgeboren benachrichtige ich zur gefälligen weitem Benachrichtigung, daß Se. Königl. Hoh. der Kronprinz während höchst kürzlichen Aufenthalts in Putbus die Herren nicht in Uniform, sondern nur im Frack sehen wollen. Straßburg, 2. Juli 1863. Der Regierungspräsident. J. B. Otto.

Stettin, 10. Juli. In Bezug auf die Beschwerde der Stadtverordneten-Versammlung über das von der Regierung erlassene Verbot, über eine Adresse an den König zu verathen, ist in diesen Tagen eine Entscheidung erfolgt. Der Minister des Innern hat erklärt, daß der König die Deputation, welche jene Beschwerde dem König mündlich und nöthigenfalls schriftlich vortragen sollte, nicht empfangen werde. Damit hat zugleich die Regierung ihr hiergegen erlassenes Inhibitorium für erledigt erklärt, dabei aber anheimgestellt, die Beschwerde schriftlich an den König gelangen zu lassen.

Grünberg, 7. Juli. In diesen Tagen hat eine Anzahl Einwohner, welche am 14. v. M. dem Abg. Förster auf Kontopp auf seiner Herreise zu der für seine Berichterstattung angelegten Versammlung in zwölf Wagen nach dem Dorfe Polnisch-Kessel entgegengefahren sind und ihn dort empfangen und eingeholt haben, von der Polizeiverwaltung dieses Dorfes Strafdokumente erhalten, weil sie „an einem behufs Einholung des Abg. Försters ohne die vorgeschriebene ortspolizeiliche Erlaubniß veranstalteten Aufzug und einer Versammlung unter freiem Himmel und auf öffentlicher Straße Theil genommen.“ Rechtsanwalt Leonhard wurde als Veranstalter zu 5 Thlr., die Andern zu je 1 Thlr., event. zu 1 Tag Gefängnißstrafe verurtheilt. Die Betroffenen werden wohl sämmtlich Berufung auf richterlichen Entscheid einlegen.

Wien, 12. Juli. Der Kaiser hat den Ministern v. Schmerling und v. Lasser die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des ihnen von dem Herzog von Koburg-Gotha verliehenen Großkreuzes des Sachsen-Ernestinischen Hausordens ertheilt. Der Hof- und Ministerialrath in Ministerium des kais. Hauses und des Neuhern, Maximilian Frhr. v. Gagern, erhielt das Kommandeurkreuz des Sachsen-Ernestinischen Hausordens mit dem Sterne. — Die in Trient zur Säcularfeier des tridentinischen Konzils versammelt gewesenen Bischöfe haben dem Kardinal-Vikar eine an den Papst gerichtete Adresse mit der Bitte übergeben, sie demselben unterbreiten zu wollen. In derselben kommt folgende Stelle vor:

Während wir dasselbe h. Glaubensbekenntniß wie die frommen Väter von Trient, und zwar vor demselben Bilde unseres gekreuzigten Herrn und Heilandes, mit fromm und neugefärbtem Gemüthe ablegen, erneuern wir unsere schuldige Anerkennung und Verehrung für alle jene Dekrete, welche die Trienter Väter nach Eingebung des h. Geistes, in Bezug auf die kirchliche Disziplin und die Verwaltung der h. Kirche, besonders aber in Bezug auf die zeitlichen Rechte des h. Stuhles erlassen haben; und wir erklären feierlich, daß wir in jeder erlaubten Weise gegen alle böswilligen Menschen, welche ihre gottesträubende Hand nach dem Besitze der Kirche ausstrecken, mit männlichem Muthe als Verteidiger derselben auftreten wollen. Wir werfen uns D. G. zu Füßen und flehen, daß Du diesen Ausdruck unserer aufrichtigen Gesinnung gütigst aufzunehmen und uns mit Deinem h. apostolischen Segen beglücken wollest.

Schweiz.

Olten, 11. Juli. Die Fahrt von Basel hieher war ein Triumphzug. Auf allen basellandschaftlichen Stationen wurden die Deutschen mit Kanonenschüssen, Musik, Ehrenwein und Jubel empfangen. Wahren Enthusiasmus erregten die am hiesigen Bahnhof aufgestellten Kadetten. Auf eine begeisterte Ansprache des Hrn. Präsidenten Kulll in Olten antwortete Hr. Dr. Heineken von Bremen. Eine liebliche Schar junger, weihgekleideter Mädchen mit Schärpen in deutschen Farben theilte Alpenrosen aus. Dann folgte der Vorbeimarsch von nahezu 1200 Kadetten, die mit Jubel begrüßt, jubelnd antworteten.

Neuenburg, 11. Juli, Nachmittags. (Bund.) Der deutsche Schützenzug ist heute überall von Basel bis hieher fast in jeder Gemeinde feierlich begrüßt worden. Um 5 Uhr in Neuenburg angelangt. Hier besonders glänzend und herzlich empfangen. Dr. Guillaume's treffliche Begrüßungsrede wurde in deutscher Sprache von Sigm. Müller und französisch von Dr. Grün beantwortet.

Chaux de Fonds, 12. Juli, Morgens. (Bund.) Die Reise der Zentralschweizer war gestern ein Triumphzug durch alle berührten Kantone. Besonders prachtvoller Empfang in Neuenburg. Am Bahnhof begrüßte Oberst Philippin; Fürsprech Flüeler antwortete. Am Rathhaus Empfang durch den Stadtrathspräsidenten; Antwort von Fürsprech Durrer. Ankunft in Chaux de Fonds 4 1/2 Uhr. Begrüßung durch H. Würlein und Präsident Greillat; Antwort von Fürsprech Deschanden. Der deutsche Schützenzug kam erst Abends spät um 10 Uhr an.

La Chaux de Fonds, 13. Juli. (Sch. M.) Am Samstag hielten die eidgenössische Fahne und kurz nachher 250 deutsche Schützen einen wahren Triumphzug von Stanz und Basel bis hieher; sie kamen Letztere verspätet erst Abends 10 Uhr an, weßhalb der feierliche Empfang auf ihren Wunsch unterließ. Militär, Kadetten und 10,000 Personen warteten ihrer umsonst, auch 50 Italiener in corpore waren anwesend, viele Franzosen vereinzelt. Deutsche und italienische Fahnen massenhaft, französische wenig, in der Festhütte keine. Sonntags 9 Uhr Festzug, Uebergabe der eidgenössischen Fahne durch Fürsprech Deschanden, empfangen durch Lesquerer; Sonntags beim Mittagessen stürmischer Hoch auf Deutschland und die deutschen Gäste durch Oberst Philippin. Dr. Schmiebt dankte mit Hoch auf den eidgenössischen Schützenverein, der Deutschen Vorbild. Telegraphische Grüße aus allen Enden Europa's, namentlich aus Deutschland. Punkt 1 Uhr Anfang des Schießens; um 7 Uhr hatten Becher mit 25 Stimmen: Stäub, Knecht

(Zürich), Streif (Glarus). Schönstes Wetter, beste Stimmung, ungeheure Volks- und Schützenzahl. Eisenbahnen genügen kaum. Gestern angekommen: 250 Züricher mit Extrazug, 150 Genfer.

Frankreich.

Paris, 13. Juli. Der „Constitutionnel“ wird morgen einen von dem Redaktionssekretär unterzeichneten Artikel über die an Rußland gemachten Vorschläge bringen. Ohne in die Geheimnisse der französischen Regierung eingeweiht zu sein, glaubt der „Constitutionnel“ gewiß sein zu können, daß die bekannten sechs Punkte hinter den Wünschen zurückbleiben, welche Frankreich für Polen hegt, daß man sich jedoch darauf beschränken mußte, um in Uebereinstimmung mit England und Oesterreich zu bleiben. Da diese Vorschläge übrigens nur als Grundlage für die Unterhandlungen dienen, so werden sie vollständig Dem genügen, was die Freunde Polens für jetzt wünschen können. Was das Tribunal betrifft, vor welches die Prüfung dieser Angelegenheit zu verweisen ist, so hätte Frankreich europäische Konferenzen gewünscht; doch willige es auch in eine Konferenz der 8 Mächte, welche an dem Wiener Kongreß Theil nahmen. Ein Waffenstillstand scheint dem „Constitutionnel“ nicht nur wünschenswerth und nöthig, sondern auch ausführbar und leicht. Der „Constitutionnel“ schließt unter Hinweisung auf die schwere Verantwortlichkeit, die Derjenige auf sich laden würde, welcher diese ernsten und berechtigten Forderungen verwerfen sollte. — Die Börse war noch flauer und geschäftsloser als Samstag. Rente bleibt 68.50. Cred. Mob. 1165. Ital. Anl. 71.80.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Juli. „Folkets Avis“, ein hiesiges kleineres Blatt, theilte gestern mit (und „Dagbladet“ druckt es heute aus demselben ab), daß der Beschluß gefaßt worden sei, die Mannschaft von zwei Jahren, etwa 3000 Mann, zum 1. Aug. d. J. einzuberufen. [Darauf reduziert sich somit die telegraphische Meldung der „Independ.“ und der „Köln. Ztg.“]

Rußland und Polen.

Kowno, 7. Juli. Zwischen Wilna und Warschau hat jede Telegraphenverbindung, sowie der Eisenbahnverkehr gänzlich aufgehört. Seit fast acht Tagen ist die Wilna-Warschauer Bahn an zahlreichen Stellen der Schenkeplag blutige Kämpfe mit abwechselndem Erfolge gewesen. Der größere Theil der Wärterhäuser ist von den Insurgenten eingeäschert worden, um den Wärterdienst gänzlich zu inhibiren.

Griechenland.

Ueber die neuesten Vorgänge in Athen melden die österreichischen Blätter: Am Tage, als Bogaris, der einzige Anhänger Bulgariis im vorigen aus der Bergpartei gebildeten Ministerium, zurücktrat und statt seiner der Chef der Nationalgarde, Koroneos, Kriegsminister wurde (28. Juni), entfernten sich 40 Mann unter Anführung eines gewissen Nyrifaktos, um als Räuber Attika heimzujuchen. Von der Gendarmerie verfolgt, flüchteten sie in eine Kirche; der herbeigerufenen Artillerie- und Bataillonschef Leozakos weigerte sich einzuschreiten, worauf Koroneos Letztern verhaften ließ. Dessen Infanteriebataillon erregte eine Meuterei, und der gleichzeitig entlassene Chef der Gendarmerie, Michos, stellte sich an die Spitze von Gendarmen und Polizeidienern, um die Stadt zu insurgiren. Koroneos mit der Nationalgarde zwang sie zum Rückzug. Der Artillerie- und Armeekommandant Papadiamantopoulos führte die Räuber mit klingendem Spiel in die Stadt. Die Ministerkammer und Kalfitronas, vor der Kaiserin Leozakos vorübergehend, wurden als Geiseln festgehalten, bis Leozakos freigelassen war. Grivas, ein Freund des Ministeriums, besetzte hierauf mit Soldaten das Schloß, in welchem sich die Minister befanden; die Artillerie belagerte dasselbe. Die umliegenden Häuser wurden ebenfalls von Insurgenten und Ministeriellen besetzt, worauf der Kampf begann, wobei das Schloß beschädigt wurde. Am Abend des 30. v. M. kam es zu einem Waffenstillstand. 120 Menschen waren bei dem Kampf geblieben; Viele wurden verwundet. Als Koroneos am folgenden Tage auf dem Rückwege aus der Nationalversammlung bei der Nationalbank vorüberritt, wurde auf ihn geschossen. Hierauf fand ein erneuerter Kampf statt, der bis gegen Abend dauerte und wobei über hundert Personen fielen. Da erzwungen die fremden Gesandten einen Waffenstillstand und erwiderten den Zusammentritt der Nationalversammlung am folgenden Tage. Diefelbe ernannte ein neues Ministerium unter Rufos, bestehend aus Klimakis, Bubulis, Petmeza und Kalliga von der Bergpartei, dann den Bulgariis Kechaga, Nikolopoulos, Mauronichalis. Ferner beschloß diefelbe die Abschaffung des Generalkommando's, der Polizeipräfectur, und die Entfernung aller Truppen aus Athen. In Lakonien und Messenien fand ebenfalls eine Insurrektion statt.

Baden.

Säckingen, 11. Juli. Vorgefien, am Geburtstage Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, fand auf dem Hauenseiner Walde eine Feier statt, die einer öffentlichen Erwählung schon wegen der mehr als betidlichen Bedeutung werth ist. Sie galt der Eröffnung der neugebauten Straße von Wehr auf den Wald, einer Straße, deren Nothwendigkeit seit beinahe einem halben Jahrhundert erkannt, deren Ausführung aber erst der Fürsorge der jetzigen Regierung vorbehalten war. Von dem mit Fahnen und Ehrenporten gezierter Wehr bewegte sich der Zug der Festtheilnehmer von Wehr und Säckingen den gegen 2 Stunden langen Weg hinan. An der Grenze der ersten Waldgemeinde hatte sich ein feierlicher Zug von Wäldern und geschmückter Schuljugend bei einer Ehrenpforte zum Empfange der Festtheilnehmer aufgestellt. In herzlichster Anrede begrüßte Bürgermeister Huber von Airdorf Namens der Waldgemeinden die Gäste und ließ dabei dem Gesühle des Dankes gegen Sr. Königl. Hoheit den Großherzog, höchsten väterlicher Theilnahme die Waldorte schon so Vieles verdanken, einfache und kräftige Worte. Sein Hoch auf den Landesfürsten wurde von der zahlreichen Versammlung jubelnd aufgenommen.

Am Ende der neuen Straße beim Orte Rüttelehof wurde von einem Beauftragten der Baubehörde die Straße für eröffnet erklärt und dem Verkehr übergeben. Bei dem darauf folgenden Festmahle wurde in zahlreichen Toasten des durchlauchtigsten Fürstenpaares, des Großherzogs und aller Derer gedacht, welche zur Vollendung des Werkes mitgewirkt haben. Eine heitere Nachfeier auf der Ruine Bärenfels schloß den Freudentag, der für manche Waldgemeinde als Anfangstag für eine bessere Zukunft in gelegentem Andenken bleiben wird.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 11. Juli. Vierzigste öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorhänge des ersten Vizepräsidenten, des Hrn. Generalleutnants Hoffmann. Regierungskommissäre: Die Hh. Staatsminister Dr. Stabel, Staatsrath Dr. Lampe, Geh. Rath Jungmann, Ministerialrath Amann. (Fortsetzung.)

Das Haus schreitet zur Berathung des Berichts des Hofraths Dr. Schmidt über den Entwurf einer Adresse, die Abänderung des §. 37 der Verfassungsurkunde betrt.

Hofrath Dr. Schmidt: Wo nicht unbedingte Wahlfreiheit bestände, können Beschränkungen nach zwei Seiten hin getroffen sein: Beschränkungen bezüglich des Wahlrechts und bezüglich der Wählbarkeit. Unsere Verfassung habe bezüglich des ersten nur die der mittelbaren Wahl, dagegen ziemlich bedeutende Beschränkungen der Wählbarkeit. Innerhalb dieses Systems hänge die Adresse augenscheinlich einen Fortschritt im Geiste der Verfassung selbst. Denn als die Verfassung gegeben worden, hätten nur diejenigen, die Grund, Häuser oder Gewerbesteuer bezahlten, direkte Steuern bezahlten; seitdem sei aber noch die Klassen- und Kapitalsteuer eingeführt worden, und zweifelloß würden auch die Steuerabgaben dieser Kategorien in der Verfassung berücksichtigt worden sein, wenn sie damals schon existirt hätten.

Die Kommission beauftragte daher, der Adresse zuzustimmen. Die Beschränkungen der Wählbarkeit dürften nur aus dem öffentlichen Interesse abgeleitet werden, und Gerechtigkeit und Staatsinteresse forderten gleichemassen, auch solche, welche in der Verfassung nicht genannt seien, aber die Qualifikationen hätten, unter die Wählbaren aufzunehmen. Der Adresse sei also schon aus allgemeinen Gründen beizutreten, aber auch noch aus Rücksicht auf die Zweite Kammer, für welche die Frage doch zunächst eine innere Hausfrage sei.

Wenn die Kommission gegen die Fassung der Adresse Einwendungen vorgebracht habe, so seien diese nicht gegen das Prinzip, nur gegen Nebenbedinge gerichtet. Man solle durch Aufnahme von Detailbestimmungen der Zukunft nicht vorgreifen, und die Regierung nicht binden. Die Zweite Kammer selbst werde daran keinen Anstoß nehmen.

Frhr. v. Söller: Der Gegenstand sei nicht bloß für die Zweite Kammer, sondern für jeden Staatsbürger vom höchsten Interesse. Der Redner stimmt übrigens der Adresse bei, denn wenn im Jahr 1818 die jetzige Steuerfassung schon bestanden hätte, so würden Die, um deren Aufnahme es sich nun handle, gewiß auch schon als wählbar bezeichnet worden sein; nur wünscht der Redner, wenn dieser Paragraph der Verfassung noch einmal in Ueberlegung gezogen werden sollte, es möchte auch dafür gesorgt werden, daß nicht bloß das Steuerzahler, sondern der Besitz des betreffenden Kapitals zc., aus dem die Steuer bezahlt werde, gefordert werde.

Hofrath Dr. Schmidt: Daß der Gegenstand für das ganze Land vom höchsten Interesse sei, habe schon der Bericht hinlänglich hervorgehoben.

Geh. Rath Dr. Luntzschli hat formelle Bedenken gegen den Kommissionsantrag. Man sei darüber einig, daß eine Frage vom höchsten Landesinteresse vorliege, daß dabei das erste und vorwiegende Wort der Zweiten Kammer, als der zunächst dabei Beteiligten, gebühre, daß es aber auch ungewis sei, wenn man sich jetzt schon binde in einer Frage, die sorgfältiger Erwägung bedürfe. Daß man aber sich nicht binde, wenn man einfach der Adresse beitrete, sei eigentlich selbstverständlich, und die hierauf gehende Absicht des Kommissionsvorschlages werde vollständig durch eine Erklärung zu Protokoll erreicht. Damit ermöglichte man dem dem einfachen Beitritt zu der von dem andern Hause beschlossenen Adresse, und schneide Weitaufgesehen ab, die durch die Zurückweisung in amendierter Form entliehen würden. Man vermeide so ein Verfahren, das dem bisher beobachteten Unus, wonach man einfach eine vom andern Hause beschlossene Adresse beigetreten sei oder nicht — nicht entsprechen dürfte.

Hofrath Dr. Schmidt ist ganz einverstanden mit dem Gedanken selbst, daß man möglichst eine schnelle Einigung erzielen und nicht unnütze Weitläufigkeiten veranlassen solle. Allein er trage doch Bedenken, einen Wunsch zu bekräftigen und zugleich sich zu vermahnen, daß der Wunsch so, wie er ausgesprochen wurde, doch nicht eigentlich der Wunsch des Hauses sei. Großer Verlust werde durch die Annahme des Kommissionsantrags nicht entstehen.

Geh. Rath Dr. Luntzschli: Man sei ja im Grundgedanken einig, und die Form sei mehr Sache der Zweiten Kammer. Man solle die Nebenbedinge gehen lassen und sich einfach die Freiheit des Entschlusses wahren.

Geh. Rath v. Mohl: Die Regierung werde ja durch die Adresse in ihrer künftigen Gesetzgebung nicht gebunden. Wenn man der Adresse zustimme, ermeide man nur, daß sie noch einmal hinübergehe und am Ende unverändert wieder herüberkomme.

Hofrath Dr. Schmidt: Die Kommission habe gefunden, daß die Adresse mehr Detail enthalte, als wünschenswerth und als sie ohne Weiteres zu unterstützen in der Lage sei.

Stimmen nun der Adresse dennoch zu, so thut man dies, indem man ihr intrich doch nicht vollständig zustimme.

Graf v. Venini unterstützt den Kommissionsantrag. Die Frage liege durchs nicht so erschlöpfend gepreßt vor, daß man sich über das Detail jetzt schon aussprechen könne.

Staatsrath Dr. Lampe: Bis jetzt sei man in der Negl einer Adresse beigetreten, er habe sie verworfen. Ein Fall, daß eine solche mit Amendementur abgegeben worden sei, sei ihm nicht bekannt.

Der Entwurf der Adresse sei in ihren Spezialirungen allerdings nicht gelungen. Die Regierung müsse sich in der Lage sehen, Dem, was gewünscht werden in ihrer Vorlage einen Ausdruck zu geben, und sie werde ihm den Ausdruck geben, der ihr am zweckmäßigsten und ihren eigenen Gedanken über die Sache am entsprechendsten erscheine. Die Regierung werde durch jene Details also nicht gebunden. Die Zweite Kammer selbst werde den vor ihr vorgezeichneten Weg schwerlich als den zur Lösung dieser Frage einz möglichsten betrachten. Durch den Wortlaut werde also weder die Erste Kammer, noch die Regierung — am wenigsten die Zweite Kammer selbst, so der wandelbarste unter den Gesetzgebungsfaktoren, gebunden; man könne daher der Adresse ohne Bedenken einfach zustimmen.

Wenn man aber den Nachweis von Steuerzahlung als Bedingung der Wählbarkeit beibehalte, so könne man dann nicht untersuchen, ob der Betreffende das Kapital auch wirklich besitze. Sobald man solche zufällige Merkmale wähle, müsse man auch die Zufälligkeiten sich gefallen lassen, die sie herbeiführen.

Die Regierung werde mit der Adresse keinen andern Sinn verbinden, als den die Kommission in dem Bericht niedergelegt habe.

Ministerialrath Dr. Jolly unterstützt nach der eben gehörten Erklärung den Vorschlag des Hrn. Geh. Rathes Bluntzli um so mehr, als nach dem bisherigen Nuss man einer Adresse nur bestimmen oder sie zurückweisen könne, das Letztere Niemand wolle, das Erstere aber ohne Bedenken geschehen könne.

Hofrath Dr. Schmidt möchte gleichfalls nicht, daß die Adresse schreiere, glaubt aber, daß sie, wie jedes Gesetz, der gewöhnlichen Geschäftsbehandlung unterliege, ein Amendement also vollständig zulässig sei. Man komme dann nicht in die Lage, Fehler, die sich eingeschlichen und die man als solche erkannt, dennoch aufrecht zu erhalten und einen Wunsch an den Thron zu richten, von dem man sich sagen müsse: es ist doch nicht unsere Meinung.

Geh. Rath Dr. Bluntzli: Der Antrag des Hrn. Vorredners ist juristisch vollkommen richtig; der vom Redner gestellte aber politisch richtiger. Denn er erreiche dasselbe und noch etwas dazu, daß nämlich die Adresse nicht noch einmal hin und her komme.

Er beantrage somit, der Adresse beizutreten und zu Protokoll zu erklären: man behalte sich jedoch die vollkommene Freiheit des Entschlusses vor.

Hofrath Dr. Schmidt: Es sei nicht sein Vorschlag, sondern der der Kommission, mit dem Unterschied, daß ein Kommissionsmitglied jetzt einen andern Antrag stelle.

Geh. Rath Dr. Bluntzli: Eine Formulierung des Antrags sei in der Kommission nicht vorgekommen, und er habe bedauerlich darauf hingewiesen, man solle keine Opposition machen, sondern sich nur die Freiheit des Entschlusses wahren.

Graf v. Heunin: Eine Formulierung habe allerdings nicht stattgefunden, allein von allen Seiten sei auch darauf hingewiesen worden, daß man sich möglichst auf das Prinzip beschränken und wenigstens möglich auf das Detail eingehen solle.

Uebrigens könne er sich nicht denken, daß die Zweite Kammer auf ihrer Fassung beharren werde, sei ja bis jetzt immer ein sehr erfreuliches Entgegenkommen von beiden Kammern gegenseitig beobachtet worden.

Graf v. Verklüngen: Man solle um Das nicht bitten, was man nicht wolle; übrigens werde er keinen Antrag zustimmen, weil er auf die Garantien, welche man in der Steuerzahlung der Wählbaren suche, bei indirekten Wahlen kein Gewicht lege.

Hofrath Dr. Schmidt: Der so denke, könne auch der Adresse zustimmen, denn sie erweitere die Zahl der Wählbaren.

Staatsrath Dr. Lamy: Man könne ja das Detail, in welches der Entwurf der Adresse vielleicht mehr als wünschenswerth eingegangen sei, als die Motive des Vorschlags ansehen, und die Motive seien nicht bindend.

Hofrath Dr. Schmidt: Diese Interpretation erscheine etwas gewagt. Man stimme immerhin für etwas, womit man im Grund nicht einverstanden sei.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Antrag des Geh. Rathes Dr. Bluntzli wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

(Fortsetzung folgt.)

17 Karlsruhe, 14. Juli. 109. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. Von Seiten der Regierung anwesend: der Präsident des Handelsministeriums, Frhr. v. Roggenbach; Ministerialrath Muth. Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat folgende Petitionen an:

1) Bitte der Gemeinden Kirchardt, Berwangen, Bodschaff, Trombach, Ehrstädt, Zittingen, Färsfeld und Massenbachhausen um Verleihung einer Apothekerkonzession für Kirchardt; übergeben vom Abg. Muth.

2) Bitte des Abg. Arthur Conradi von Eddingen um Transferrung seiner mit Realrecht versehenen Apotheke nach Kirchardt; übergeben vom Abg. Paravicini.

3) Bitte einer Anzahl Bürger und Einwohner von Heidelberg, den Verfallungsbruch in Preußen betreffend, eingekommen beim Sekretariat.

Mehrere Abgeordnete erhalten Urlaub.

Die Tagesordnung führt zur Beratung des vom Abg. Kirsner erstatteten Berichts, die Vervollständigung der Schienenwege des Großherzogthums betreffend.

Die Kommission beantragt Zustimmung zu den in dem Entwurf getroffenen Bestimmungen über den Bau der Bahnstrecken Gerlachshausen-Wertheim und Offenburg-Hausach. Der Bericht bemerkt hierüber u. a.: Ihre Kommission mußte sich zuerst die prinzipielle Frage aufwerfen, ob überhaupt Zweigbahnen auf Staatskosten gebaut und ihre Errichtung nicht der Privatindustrie überlassen werden soll, wie dies bei der Wiesenthal- und bei der Karlsruhe-Marauer Bahn bereits geschehen ist.

Wir sind der Ansicht, daß dieser Grundsatz im Allgemeinen auch fernerhin einzuhalten sei, wenn es sich um solche Bahnen handelt, welche vorwiegend auf lange Zeit keine Fortsetzung auf Schienen finden, oder den Ertrag dafür nicht jetzt schon durch einen schiffbaren Strom haben.

Beide vorgeschlagenen Bahnen fallen aber unter diese Ausnahmen, indem die Gerlachshausen-Wertheimer Linie an ihrem Endpunkte bei Wertheim durch eine frequente Wasserstraße, durch den Main, mit dem ersten Handelsplatz in Süddeutschland, mit Frankfurt, in Verbindung kommt und überdies ihre Weiterführung auf Schienenwegen über Miltenberg und Aschaffenburg nach der gleichen Handelsstadt, sowie nach Darmstadt und Mainz in Aussicht steht, während die Offenburg-Hausacher Linie wohl in ganz kurzer Zeit eine Fortsetzung in irgend einer Richtung auf den Schwarzwald erhalten wird.

Jedoch sind diese Ausnahmen von der Regel, keine Zweigbahnen zu bauen, auch hauptsächlich dadurch gerechtfertigt, daß beide Bahnen, namentlich die Offenburg-Hausacher Linie, nicht mit Schwierigkeiten des Baues und Betriebs verknüpft sind, und daß sie wegen ihrer günstigen lokalen Verhältnisse wohl auch eine mäßige Rentabilität des Baukapitals erwarten lassen. Sollten aber diese Zweigbahnen an und für sich nicht die dem Zins des Bauaufwandes vollständig entsprechende Rente abwerfen, so ist doch auch in Rechnung zu bringen, daß sie in den von ihnen berührten Landestheilen den Verkehr mächtig beleben, ihn der mit ihnen in Verbindung stehenden Hauptbahn zuführen und dadurch das Gesamterträgnis erhöhen. Wir wollen dabei der volkswirtschaftlichen Vorteile, welche durch die Eisenbahnen für jede Ge-

gend entstehen, und des Ruhens nicht einmal erwähnen, welcher durch die Hebung des Wohlstandes einzelner Landestheile dem Staate selbst zugeht.

Nach einem Ueberblick über die Resultate der Ablesungen der Post- und Eisenbahnbetriebskasse an die Eisenbahnschuldentilgungskasse in den 3 letzten Jahren gelangt die Kommission zu dem Resultate, daß geprüfte Besorgnis bezüglich der Frequenz und Ertragsfähigkeit unserer Schienenwege nicht vorhanden seien.

In der allgemeinen Diskussion ergreift zunächst der

Abg. Beck das Wort, um sich im Allgemeinen gegen zu große Belastung des Staatsbudgets auszusprechen; er weise in dieser Beziehung auf Englands Sparfamkeit hin. Die Nachtheile eines allzu großen Staatsaufwandes beim Eisenbahnbau würden sich bei dem Ausbruch eines Krieges zeigen, ja sie würden sich schon ergeben bei der babylonischen Verwirrung, welche die Sprengung des Zollvereins im Geolge haben würde. Man sollte die Frage der Weiterführung der Ringthalbahn nicht bei den Haaren herbeiziehen, es sei überhaupt die Rentabilität dieser Bahnstrecken zu bezweifeln. Er wolle gegen das vorliegende Gesetz Nichts einwenden, sich aber vor weiteren Belastungen der Staatskasse verwahren.

Abg. Fried erklärt sich nicht mit der Vorlage einverstanden. Was die Ringthalbahn betreffe, so sei der Gesetzentwurf eigentlich ein verfrühter, man hätte doch erst warten sollen, bis man über die Weiterführung im Meinen ist, sonst werde es später dahin kommen, daß man zum Weiterbau gedrängt wird, daß man sagt, es muß der Ringthalbahn ein Anschluß verschafft werden. Was es aber heisse, eine Bahn unter allen Umständen bauen zu müssen, habe man schon erfahren. Die Finanzen werden in der nächsten Zeit ohnedies genug in Anspruch genommen. Er habe keine Aussicht, daß ein Antrag auf Tagesordnung durchgehen werde, aber er werde gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Moll entgegnet den beiden Vorrednern, eine jede Vermehrung des Verkehrs sei, wenn sie nicht offenbar schlecht rentirt, ein großer Vortheil für den volkswirtschaftlichen Aufschwung des Landes.

Damit ist Redner einverstanden, daß der Staat den Bau solcher Zweigbahnen der Privatindustrie überlassen solle; aber es handle sich hier eigentlich weniger um Zweigbahnen, an beiden Linien werde ein Anschluß stattfinden.

Abg. Artaria erklärt sich für das Gesetz. Unser Land wäre ohne die Verwendung großer Summen für Eisenbahnbau schwerlich in so großem, blühenden Wohlstand, wie jetzt; wenn daher die Ausgaben für Bahnbauten nicht in's Ungemessene gehen, so sind sie wohl angelegt.

Der Präsident des Handelsministeriums, Frhr. v. Roggenbach: Bezüglich der Behandlung unserer Finanzverhältnisse siehe die große Regierung dem vom Abg. Beck betonten Standpunkte der Sparfamkeit und reiflichen Erwägung näher, als dem im Bericht ausgesprochenen. Die vom Abg. Moll geltend gemachten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte seien zwar erheblich, allein so weit wie der Redner könne doch die Regierung nicht gehen.

Redner wendet sich hierauf gegen die vom Abg. Fried erhobenen Einwände gegen den Bau der Taubertthalbahn. Wenn wir diese Bahn nicht bauen, so wird von Seiten des Nachbarrates Württemberg eine gefährliche Konkurrenzlinie entstehen.

Abg. Herth begrüßt das vorliegende Gesetz mit Freuden als einen wichtigen Faktor der Volkswirtschaft. Redner spricht sich weiter über die Ungenauigkeiten der Vorausschläge aus, die oft zu großen Ueberschreitungen Anlaß gäben, und wünscht, daß dieselben auf das genaueste detaillirt werden; man baue zu kostspielig; die große Regierung möge namentlich nicht so große Summen für Brückenbauten ausgeben, wie bei der Keßler Brücke; man solle nicht experimentieren und den Technikern nicht plein pouvoir geben.

Abg. Beck: Er wolle nur bemerken, daß er nicht gegen, sondern für das Gesetz stimmen werde, weil er es für ein gutes halte; er habe sich bloß gegen das Drängen zum Weiterbau ausgesprochen.

Abg. Allmang: Die Stimmen, welche zur Bedächtigkeit mahnten, seien zu beachten; durch allzu große Ueberschreitungen des Staatskredits könnte dieser selbst Noth leiden.

Abg. Knies: Er werde für das Gesetz stimmen. Er lebe der Ueberszeugung, daß alle unsere großen Straßen mit der Zeit durch Eisenbahnen erlert werden.

Doch muß die Regierung sich, wie dies auch geschieht, auf den Standpunkt der relativen, und nicht, wie der Abg. Moll will, auf den der absoluten Zweckmäßigkeit stellen; sie muß die Rentabilität als einziges Kriterium in Erwägung ziehen. Gerade im Fall eines Krieges jedoch, welchen man als Abschreckung hingestellt habe, werde eine Eisenbahn der Regierung die größten Dienste thun. Dem Abg. Beck könne er nicht zustimmen, daß er sich vor kommenden Ausgaben verwahre; jeder Landtag habe noch solche Verwahrungen ausgesprochen, und doch habe der nächste sich wieder mit neuen Bahnbauten beschäftigt und ihnen billiger Weise Rechnung getragen.

Abg. Baer: Bezüglich der Rentabilität der Ringthalbahn habe er gar kein Bedenken; sie werde auch sehr nützlich und befruchtend auf die Rheinthalbahn wirken. Aber auch dem Bau der Taubertthalbahn könne er beistimmen. Man sei es diesem Bezirk als einen Akt der Gerechtigkeit schuldig, da er zu spät, erst vor 50 Jahren, in das Straßennetz hereingezogen wurde. Aber auch allein dadurch, daß der Verkehr in diesem Landestheil gehoben wird, wird sich der Bezirk selbst heben; es ist dies hierzu das beste, ja das einzige Mittel.

Was die Kostenüberschläge betreffe, so halte er nach seiner Erfahrung zu große Vorausschläge für viel nachtheiliger, als zu kleine. Wenn aber früher darin Mangel sei, was besser hätte gemacht werden können, so ist dies weniger Schuld der Techniker, als des Systems, gleich nach beschlossener Gelei unmittelbar zu bauen, ohne daß die gehörigen Vorbereitungen zu treffen möglich war; der den Technikern gemachte Vorwurf ist also durchaus unbegründet.

Was die Keßler Brücke betrifft, so habe eben Baden im Verein mit Frankreich bauen müssen.

Ministerialrath Muth: Solche Differenzen bezüglich der Vorausschläge wie sie in dem Kommissionsbericht aufgeführt sind, werden nach der von der großen Regierung getroffenen Einrichtung nicht mehr vorkommen; sie fallen übrigens nicht den Technikern zur Last, sondern liegen in der Natur der Sache. Inmerhin wird es nicht möglich sein, auf's aller, genaueste einen Kostenüberschlag festzustellen.

Was die Gesetzesvorlage selbst betrifft, so ist an der Rentabilität der beiden Bahnen nicht zu zweifeln, sie werden auch zur Alimentation der Hauptbahn beitragen.

Der Präsident des Handelsministeriums, Frhr. v. Roggenbach, wendet sich gegen den vom Abg. Herth gegen die technischen Behörden ausgesprochenen Tadel, den er für unbegründet erklärt.

Der Kostenaufwand für die Mannheimer Brücke, den Abg. Herth auf 7 bis 8 Millionen geschätzt habe, werde bei weitem nicht so groß sein.

Abg. Fried: Nicht weil er die beiden Bahnen für Zweigbahnen halte, sondern weil er die Staatskasse schon hinreichend in Anspruch genommen glaube, und weil er der Meinung sei, daß man über den Anschluß einige Gewißheit haben sollte, erkläre er sich gegen das Gesetz. Ministerialrath Muth: Die Regierung habe die Frage des Anschlusses auch in Erwägung gezogen und sie werde einen Anschluß finden.

Abg. Herth entgegnet, daß Ueberschreitungen eben doch vorgekommen seien, welche hätten vermieden werden können.

Berichterstatter Kirsner: Der Abg. Beck habe das Sparfamkeitssystem Englands vorgeführt; gerade England habe aber das größte Eisenbahnnetz; eben so unbegründet seien die übrigen Ausstellungen des Abg. Beck, namentlich die Behauptung, daß die Rentabilität der Bahnen jährlich abnehme.

Wenn der Abg. Beck ferner sich gegen den zweiten Theil des Kommissionsberichts wende, man solle die Fortsetzung der Ringthalbahn nicht an den Haaren herbeiziehen, so könne man die seit so viel Jahren ventillirte Betreibung dieser Frage doch nicht so nennen.

Redner wendet sich hierauf gegen die weiteren Einwände, erklärt sich mit dem vom Abg. Herth gegen die Techniker ausgesprochenen Tadel nicht einverstanden, und empfiehlt schließlich die Vorlage, von der er die besten Erfolge hofft.

Die Verathung über die einzelnen Artikel des Gesetzes wird eröffnet:

Art. 1. „Die Regierung wird ermächtigt, bis zur Vollendung der nach Art. 1 des Gesetzes vom 24. Juli 1862 (Reg.-Bl. Nr. 34) zum Bau genehmigten Heidelberg-Würtzburger Bahn zum Anschlusse an dieselbe von Gerlachshausen durch das Taubertthal nach Wertheim eine Zweigbahn auf Staatskosten herzustellen. Die Mittel hierzu sind in dem Eisenbahnbau-Budget in Anforderung zu bringen.“

Abg. Artaria hätte als Zugrichtung der Ddenwald-Bahn lieber die Bremthalbahn gesehen.

Abg. v. Kunkel dankt Namens der Bewohner des Tauber- und Mainthales der großen Regierung für die Vorlage des gegenwärtigen Gesetzes.

Abg. Allmang wünscht bezüglich der Expropriation ein Verfahren, welches den oft ganz übertriebenen Forderungen der Einzelnen begegne.

Der Präsident des Handelsministeriums, Frhr. v. Roggenbach, bemerkt, daß dies wünschenswerth, aber nicht immer ausführbar sei. Redner setzt hierauf die Gründe auseinander, welche für die gewählte Linie durch das Umpferthal statt durch das Bremthal sprechen.

Abg. Lamy (Pforzheim) freut sich, daß die große Regierung, statt auf den partikularistischen Standpunkt, dem das Projekt der Bremthalbahn entsprungen, auf den weitem allgemeineren sich gestellt und die Umpferthalbahn gewählt habe, welche den großen allgemeinen Verkehrsverhältnissen Rechnung trage.

Abg. Schaff: Da die eigentliche Ddenwaldlinie, Buchen-Mallbühl, aufgegeben werde, so möchte er der großen Regierung die Berücksichtigung des Ddenwaldes hinsichtlich des Straßenaues empfehlen.

Abg. Walli freut sich, daß die Wünsche des Taubergrundes nach einer Eisenbahn nicht bloß für billige, sondern auch für gerechte erachtet würden. Die Linie durch das Umpferthal statt durch das Bremthal könne er nur billigen, da dadurch die Linie nach Wertheim ermöglicht würde.

Abg. Friederich hätte lieber gesehen, wenn der Bau dieser Bahn noch unterblieben wäre, da deren Rentabilität sehr fraglich sei.

Der Präsident des Handelsministeriums, Frhr. v. Roggenbach, erwidert, daß die Rentabilität dieser Bahn, die unter so günstigen Verhältnissen erbaut werde, nicht zweifelhaft sei.

Nachdem noch Berichterstatter Kirsner den auf Genehmigung gehenden Kommissionsantrag vertheidigt hatte, wird Art. 1 unverändert angenommen und bei der schon vorgerückten Zeit die weitere Verathung auf die morgende Sitzung verlag.

17 Karlsruhe, 14. Juli. 110. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 15. Juli, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Beratung des Berichts des Abg. Kirsner zu dem Gesetzentwurf über die Vervollständigung der Schienenwege im Großherzogthum.

Vermischte Nachrichten.

Kreuznach, 9. Juli. Die „Kreuzn. Ztg.“ schreibt: „Es kann nunmehr als ganz bestimmt mitgetheilt werden, daß das mittlere Rheinische Turntsch für 1863 in dieser Stadt nicht abgehalten werden darf. Dem Vernehmen nach soll jetzt Bingen der diesjährige Festort sein.“

Bonn, 13. Juli. (Köln. Z.) Heute früh starb der ordentliche Professor der Geschichte und Geh. Regierungsrath J. W. Voebell.

Berlin, 13. Juli. Die 1. Hofkapellmeisterin Ida Pellet ist auf einer Gastspielreise nach Leipzig und Dresden am Typhus gestern gestorben.

Nachricht.

London, 14. Juli. (Sch. M.) In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erklärte Graf Russell die Nachricht des „Observer“, daß die nach der Nordsee auslaufende Kanalslotte eine Kreuzung in der Ostsee unternehmen werde, für unbegründet. Graf Grey stellte hierauf seine angekündigte Interpellation wegen Polens und verdamnte jedwede Einmischung in die polnische Angelegenheit. Graf Russell erwiderte: es handle sich nicht um einen Fall bewaffneter Intervention, und die diplomatische Einmischung werde keinen Krieg herbeiführen. Er belobte Oesterreich, dessen Regierung, Parlament und steigenden europäischen Einfluß. Nachdem England gemeinsam mit Oesterreich und Frankreich die 6 Punkte der russischen Regierung vorgelegt, könne England nichts weiter thun; jedenfalls müsse es die Antwort abwarten. General Murawiew's Auftreten lasse allerdings leider auf eine unedelmüthige Politik schließen. Lord Brogham bedauerte, daß Graf Russell vor Empfang der russischen Antwort eine Intervention für undenkbar erklärte. Graf Russell entgegnete: die russische Antwort sei festgestellt und verlasse morgen St. Petersburg. Graf Derby verdamnte die Einmischung. Andere Redner sprachen unbedeutend. Die Bänke waren leer. Im Unterhaus findet die polnische Debatte am Montag statt.

Marau, 14. Juli. Rheinwasserwärme: 18 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Bekanntmachung.

Die Einführung eines direkten Güterverkehrs mit Genf transito betreffend.

Vom 10. 1. Mts. an wird für Güter, welche von oder über die diesseitigen Stationen Mannheim Rhein- und Neckar-Hafen und Bahnhof, Heidelberg und Mühlacker via Basel und Genf nach Frankreich und umgekehrt versendet werden, direkte Abfertigung nach und von Genf stattfinden.

Neben die hierbei in Anwendung kommenden direkten Frachttarife und sonstigen Transportbestimmungen wird bei den genannten diesseitigen Stationen nähere Auskunft erteilt; auch sind bei solchen von dem betreffenden Tarife einzelne Exemplare zum Preise von 15 Kreuzern pr. Stück zu erhalten.

Karlsruhe, den 8. Juli 1863.

Direktion der groß. bad. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

So eben ist erschienen und in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe zu haben:

Frau Aventura.

aus Heinrich von Osterdingens Zeit von Joseph Victor Scheffel. Elegant broschirt 2 fl. 20 kr

Zugleich erschien von demselben Verfasser in 3r Aufl.: Der Crompeter von Säckingen.

Ein Sang vom Oberhein. Eleg. geh. 1 fl. 45 kr.

In rothe Leinwand gebunden mit Goldstempel und Goldschnitt 2 fl. 20 kr.

3. y. 190. Baden.

Bersteigerung eines Landzuges.

Auf Ansuchen der beteiligten Erben des im Jahr 1848 verstorbenen Jacques Benazet und mit gesetzlicher Ermächtigung bezüglich der Minderjährigen wird

Samstag, den 8. August d. J., Nachmittags 2 Uhr,

durch das Zivil-Tribunal der Seine im Justizpalast zu Paris, Saal des pas perdue, der Erbtheilung wegen in öffentlicher Versteigerung zum Verkauf ausgesetzt und dem Best- und Meistbietenden als Eigentum zugeschlagen werden:

Die Villa Benazet.

Dieser reizende Landzug umfasst einen Flächeninhalt von circa 23 Morgen, und es gehören dazu:

- 1) Ein Herrschaftshaus von 2 Stockwerken, mit gewölbtem Keller, Küche und Erdgeschoss; im Rez-de-chaussée aus Speisesaal, Salon und 7 Zimmern bestehend; in der Belle-Etage aus Speisesaal, Salon und 7 Zimmern mit 2 Balkons, und im Dachstock aus 8 Mansardenzimmern.

Außerdem befinden sich dabei: Stallungen zu 8 Pferden, ein Dekonomiegebäude, Glas- und Gewächshäuser von Stein und Eisen, eine Gärtnerwohnung, Gemüsegarten und Ackerland, ein laufender Brunnen und Bassin mit eiserner Deuchelleitung, und ein aus Holz erbauter Heuschoppen. Ferner eine Wiese beim untern Selighof, auf welcher eine Quelle gefasst ist, mit der die obenerwähnte Brunnenleitung gespeist wird.

Die ganze Besitzung, wohl arrondirt, auf einer Anhöhe mit der herrlichsten Aussicht gelegen, und großen Theils parkartig angelegt, stößt unten an die oberhalb des Theaters neu angelegte Friedrichsstraße und Sekretär Wegmer's Erben; einerseits an einen Güterweg, Achenbrenner genannt, andererseits an den Beutigweg und Metzger Josef Rah, oben an August Köppler und Anstößer. Die erwähnte Wiese stößt einerseits an den städtischen Gemeindevald, sonst an Michael Jörgler auf dem untern Selig.

Der Steigerer ist zugleich verpflichtet, sämtliches Mobiliar und alle Fahrnißgegenstände, die zu der Villa Benazet und deren Dependenz gehören, und deren genau spezifizirtes Verzeichniß nebst Schätzungspreis den Versteigerungsbedingungen beigegeben und auf der Gerichtskanzlei des Ziviltribunals der Seine niedergelegt sind, um die Abschlagssumme von 26,857 Fr. 6 Cent. zu übernehmen.

Das Ganze, ohne Mobiliar und Fahrniß, ist gerichtlich geschätzt und angeschlagen zu 287,149 Fr.

Weitere Nachweisungen sind bereit zu erteilen: In Paris bei den Herren Louveau, Avoué, rue Gaillon, 13.

Guidons, Avoué, rue neuve des petits champs, 66.

Beaumelon, Avoué, rue Gaillon, 14.

Boutet, Avoué, rue Gaillon, 20.

Turquet, Notar zu Paris, rue de Hannover, 6.

In Baden bei Herrn Sekretär Weich, Villa Benazet.

Baden, den 7. Juli 1863.

Aus Auftrag: Bürgermeisterramt, Gaus.

Oestreichische Sechser

werden von mir mit 1 1/2 % Agio eingelöst. Sendungen gegenseitig franco.

G. Southeimer in Wildbad, Bank- und Wechselgeschäft.

3. y. 171.

Electriche Bürste.

Breveté des Dr. Laurentius in Paris. Schönheit und Erhaltung der Zähne.

Jährlicher Erfolg. Durch eine einfache physische Wirkung erzieht diese Bürste alle schädlichen Substanzen. Rasches Resultat. Diese Bürste wird trocken angewendet. Sie entfernt den Weinstein, verleiht den Zähnen Glanz und Weiße, heilt angegriffene Zähne, Nervenschmerz und Entzündung des Zahnfleisches etc.

In Paris bei Madame Sora, 12 Rue Louvois. Gen.-Depot für Deutschland bei H. Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. 18. y. 110.

Tragbare Gasapparate für Selbstgasbereitung.

von dem Unterzeichneten konstruirt, und für viele Privatsachen schon ausgeführt, werden von demselben zu möglichst billigen Preisen vollständig geliefert, aufgestellt und in Betrieb gesetzt.

Durch diese, von der groß. bad. Regierung patentirten Apparate ist es jedem Privaten ermöglicht, das für seinen Bedarf nöthige Gas bequem und billig zu bereiten; jeder Tagelöhner oder Hausknecht kann die dazu nöthigen Arbeiten leicht nebenbei besorgen.

Die Kosten pr. 1000 Kubikfuß betragen mit Einrechnung der dazu nöthigen Kohlen, Brennmaterial, Arbeitslohn, Abnutzung etc. höchstens 2 fl. 30 kr.

Durch meine Verbindung mit einem der größten Eisenwerke und Maschinenfabrik bin ich im Stande, aufs Schnellste und Billigste allen Aufträgen zu genügen.

Indem ich zu ausführlichem Bericht stets mit Vergnügen bereit bin, halte ich mich gefälligen Aufträgen bestens empfohlen.

Fr. König, Ingenieur in Mannheim.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in Karlsruhe & Kehl durch A. Bielefeld's Hofbuchhdlg.

Betrachtungen über die Anwendung des Eisens in der Kriegsbaukunst.

Von F. P. J. Viron.

Deutsch bearbeitet von Jg. Körbling.

Hauptmann im Königl. Bayerischen Geniecorps.

Mit 3 Tafeln gr. 8. geh. Preis 1 fl. 30 kr.

Lithographisches.

Ein im Graviren gelibter Lithograph kann vom 1. September auf längere Zeit unter günstigen Bedingungen Beschäftigung finden bei der topographischen Abtheilung des Groß. Generalstabes (Langenstraße Nr. 219), wohin Proben franco einzuliefern sind.

Karlsruhe, den 13. Juli 1863.

3. y. 31. Nr. 822. Bruchsal.

Erledigte Werkmeisters-Stelle.

Die Stelle eines Werkmeisters der Keil- und Baumwollweberei und Aufsehers bei diesseitiger Anstalt mit einem jährlichen Gehalt von 400 fl., der aber geeigneten Falls auch erhöht werden könnte, ist sofort zu besetzen. Bewerber um dieselbe haben sich unter Vorlage vollgültiger Zeugnisse über Tüchtigkeit in diesem Gewerbe, Leumund, Alter, Gesundheit und Familienverhältnisse längstens bis 27. d. Mts. dahier zu melden.

Bruchsal, den 11. Juli 1863.

Groß. bad. Verwaltung der polytechnischen Verwaltungsanstalt.

J. A. d. B. Reuber.

Erledigte Bezirksforstei.

Durch den Eintritt des bisherigen Gemeindeförsters in Staatsdienst ist die diesseitige Gemeindeförsterstelle mit einem jährlichen Gehalte von 800 fl. in Erledigung gekommen.

Diejenigen Herren Forstpraktikanten, welche zur Uebernahme dieser Stelle Lust haben, sind eingeladen, sich binnen 14 Tagen unter Vorlage ihrer Zeugnisse bei unterzeichneter Stelle zu melden.

Schriesheim, den 11. Juli 1863.

Der Gemeindeförst. Hartmann.

Gasthaus-Versteigerung.

Das den Freiherrn Louis Seiler'schen Ehegatten dahier zugehörige Gasthaus mit der Realwirtschaftsgerichtsbarkeit zum Schwarzen Adler, Nr. 8 der Waldhornstraße, neben Hofbesitzerrequisitor Ludwig Dörlinger und Registrar Rheinboldt, wird auf Antrag der Eigenthümer am

Donnerstag den 23. d. M., Nachmittags 3 Uhr,

in der Wohnung des Notars Grimmer, bei welchem die Bedingungen eingesehen werden können, öffentlich versteigert.

Kaufliebhaber werden hierzu eingeladen.

Beschreibung des Hauses. Ein zweistöckiges Wohnhaus mit zweiflügeligem Seitenbau, enthaltend 14 Zimmer, 2 Kellern, 4 ganz neue Mansarden, verrohrte Speicherkammer, großer Speicher, einen Balkenkeller im Vorderhaus und einen großen gewölbten Keller im Seitenbau, Stallung für 3 Pferde, großer Hofraum, Gärten und übrigen Zugehör.

Karlsruhe, den 9. Juli 1863.

Groß. bad. Stadtamtsreferat. G. Gerhart.

Hoffmann.

Table with columns: Frankfurt, 13. Juli 1863, Staatspapiere, Anlehens-Loos, Wechsel-Kurse, Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten. Includes various financial data and exchange rates.